

Newsletter

September 2022

Freie
Demokraten

Ortsverband
Itzstedt **FDP**

Die Gemeindevertretung hat eine anteilige Rückzahlung von Elternbeiträgen beschlossen.

Sollte es in der Kindertageseinrichtung zu Gruppenschließungen aufgrund „höherer Gewalt“, insbesondere durch Fachkräftemangel, Coronapandemie oder Krankheit kommen, wird es rückwirkend ab 01.01.2022 eine (anteilige) Erstattung der Elternbeiträge geben.

Beschlossen ist, dass rückwirkend ab dem 01.01.2022 die Elternbeiträge für Gruppen, in denen das Betreuungsangebot in mindestens vier aufeinanderfolgenden Wochen nicht vollumfänglich angeboten werden kann, im Januar für die vorgehenden Monate August- Dezember und im August für die vorhergehenden Monate Januar- Juli, (anteilig) erstattet werden.

100 € für Jugendarbeit

Auch in diesen Jahr fördert die Gemeinde die Jugendarbeit in der FFW Itzstedt und in den in Itzstedt ansässigen Vereinen mit 100,- € je jugendliches Mitglied.

Veranstaltungen in Juhls Gasthof

Nach anfänglich gutem Start musste der Wirt Herr Florian Mackenrodt das À-la-Carte-Geschäft für den Moment wegen starken Personalmangels wieder einstellen.

Veranstaltungen im renovierten Saal werden aber nach Reservierung gerne angenommen:

E-Mail: gasthofjuhls@gmail.com
Mobil: 0170 342 89 65

Neubau des Amtsgebäudes:

Der reale Irrsinn

Der Amtsausschuss hat vor zwei Jahren mit großer Mehrheit den Bau eines neuen Amtsgebäudes zwischen Itzstedt und Nahe beschlossen (lediglich die Ausschussvertreter der Gemeinde Itzstedt hatten dagegen gestimmt).

Wer nun glaubt, dass diese Entscheidung auf Basis eines kaufmännisch seriösen Kostenvergleichs von „Kosten Neubau“ und „Kosten Sanierung/Erweiterung des bestehenden Amtsgebäudes“ zustande gekommen ist, der irrt gewaltig.

Es gibt zwar eine (längst überholte) Kostenschätzung für einen Neubau (7,6 Mio.€), aber eine Kalkulation der Kosten für eine Erweiterung/Sanierung des bestehenden Amtsgebäudes gibt es nicht. Der Amtsausschuss vermutet lediglich, dass ein Neubau günstiger ist, weiß es aber nicht.

Der Amtsausschuss entscheidet sich also für einen Neubau eines Amtsgebäudes, ohne sich die Mühe gemacht zu haben, die Kosten für mögliche realistische Alternativen zu ermitteln. So geht das aus unserer Sicht nicht. Das ist höchst unseriös und ein fahrlässiger Umgang mit unseren Steuergeldern.

Noch viel fahrlässiger ist aus unserer Sicht jedoch die Tatsache, dass der Amtsausschuss trotz der sich dramatisch veränderten volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nach wie vor an dem Amtsneubau festhält. Was meinen wir damit? Ganz einfach:

Die Kosten für einen Neubau werden unserer Meinung nach deutlich aus dem Ruder laufen und somit in den nächsten Jahrzehnten zu einer untragbaren finanziellen Belastung für die jeweiligen Gemeindehaushalte führen. Im Einzelnen:

1. Hohe Kosten für den Amtsneubau:

Die geplanten Kosten für den Neubau des Amtes belaufen sich auf 7,6 Mio. €. Der Knackpunkt an den Planzahlen ist jedoch, dass sie vor Beginn der Corona-Pandemie ermittelt wurden.

Die durch die Pandemie und den Ukraine-Krieg verursachten Lieferkettenprobleme in Kombination mit dem Fachkräftemangel und der rasant galoppierenden Inflation (vor allem Energiepreissteigerungen) führen nun dazu, dass das Bauvorhaben deutlich teurer werden wird.

Das Statistische Bundesamt berichtete jüngst, dass auf den Baustellen die Preise so stark gestiegen sind wie seit 50 Jahren nicht mehr. Für Bauleistungen mussten im Mai dieses Jahres 17,6 Prozent mehr gezahlt werden als ein Jahr zuvor. Das war der höchste Anstieg seit Mai 1970.

Vor diesem Hintergrund liegen wir bestimmt nicht so falsch, wenn wir sagen, dass sich die Kosten für den Amtsneubau gegenüber der alten Planung mindestens verdoppeln werden. Wir reden hier also von mindestens 15.0 Mio. €

2. Rasant steigende Finanzierungskosten

Rasant steigende Kreditzinsen (Tendenz weiter deutlich steigend) führen zu einer weiteren Verteuerung des Amtsneubaus.

Beispielrechnung:

Der aktuelle Zinssatz für Kommunaldarlehen beträgt 2,25%. Bei einer angenommenen Laufzeit des Darlehens von 30 Jahren und einer Tilgung von 3,0 % beläuft sich die Mehrbelastung im Amtshaushalt durch Kapitaldienst und Tilgung auf insgesamt EUR 787.500,- jährlich: Darlehen 15.000.000,- € x 5,25% (Zins+Tilgung) = 787.500,- € pro Jahr

3. Finanzielle Auswirkung auf die Gemeinden

Die jährliche finanzielle Mehrbelastung für den Bau des neuen Amtsgebäudes wird das Amt natürlich im Rahmen der Amtsumlage auf die Gemeinden umlegen. Der von den Gemeinden zu tragende Anteil richtet sich dabei nach der Höhe der jeweiligen Einwohnerzahl.

In der u.a. Modell-Verteilungsrechnung haben wir die Einwohnerzahl im Amt Itzstedt von 2020 zugrundegelegt (19.622 Einwohner). Danach ergibt sich für die Gemeinden folgende jährliche finanzielle Mehrbelastung:

Einwohner Amt Itzstedt 2020	Jährliche Mehrbelastung je Gemeinde (in Euro)
Itzstedt	94.498,40
Nahe	102.637,21
Seth	79.102,82
Tangstedt	269.983,96
Kayhude	50.236,10
Oering	56.570,74
Sülfeld	134.470,78
19.642	787.500,00

Für unsere Gemeinde Itzstedt beliefen sich somit die finanzielle Mehrbelastung für die nächsten 30 Jahre auf rund 100.000,- € pro Jahr. Das sind erhebliche und völlig unnötige Mehrausgaben, die der Gemeinde zukünftig im Haushalt für wesentliche Aufgaben fehlen würden. Wie kann man diesen realen Irrsinn noch verhindern?

Die Entscheidungshoheit für oder gegen einen Amtsneubau liegt einzig und allein beim Amtsausschuss. Den Gemeindevertretungen sind kommunalrechtlich die Hände gebunden, die Entscheidung für einen Amtsneubau durch Mehrheitsbeschluss in den Gemeindevertretungen zu kippen.

Die FDP-Fraktion der Gemeinde Itzstedt hatte im September 2021 dennoch einen Antrag an den Amtsausschuss gestellt, die Genehmigung zum Bau eines neuen Amtsgebäudes doch noch einmal zu überdenken und darüber neu abzustimmen. Dieser Antrag wurde jedoch vom Amtsausschuss mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Zumindest in der Gemeindevertretung Itzstedt ist das Meinungsbild eindeutig: Alle dort vertretenen Fraktionen inkl. Bürgermeister sind mehrheitlich gegen einen Amtsneubau. Mittlerweile scheint es auch in der Gemeindevertretung Seth ein Umdenken zu geben. Auch dort wird der Amtsneubau nunmehr kritisch gesehen. Das reicht jedoch noch nicht für eine Mehrheit im Amtsausschuss. Es müssen auch die anderen Gemeinden endlich aufwachen und erkennen, dass der Bau eines neuen Amtsgebäudes für die Gemeinden ein finanzielles Fiasco wird.

Aber wir geben nicht auf. Nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein...“

Wir bleiben am Ball!

Herausgegeben vom FDP-Ortsverband Itzstedt
Uta Mette, Tel.: 8400
Thomas Wrage, Tel.: 1818
Reinhard Schümann, Tel.: 8032

Ihre
FDP-Itzstedt